



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

POLITISCHER JAHRESBERICHT

Mitte 2003 bis Mitte 2004

Büro Istanbul

Index

1. Zusammenfassung

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres

- 2.1 Die türkisch europäischen Beziehungen
- 2.2 Die Zypernfrage
- 2.3 Innenpolitik – Politische Parteien – NGOs
- 2.4 Genderfragen
- 2.5 Islam und Politik
- 2.6 Wirtschafts- und sozialpolitische Fragen
- 2.7 Regionale Rolle der Türkei

3. Ausblick

Anhang I – Chronologie der wichtigsten Ereignisse

Anhang II – Aktivitäten der Heinrich-Böll-Stiftung

1. Zusammenfassung

Nach Beendigung des Irak-Kriegs ist die EU-Beitrittsperspektive erneut ein zentrales Thema der türkischen Politik. Die türkische Regierung hat in den letzten zwölf Monaten zahlreiche wichtige Reformen durchgeführt und vor allem die Zurückdrängung des Militärs in der Politik mutig vorangetrieben. Dennoch gestaltet sich insbesondere die Umsetzung der Reformen u.a. aufgrund von Verzögerungsmanövern des Beamtenapparates und fehlender Entschlossenheit der Regierung in einzelnen Bereichen als problematisch. Auch nach Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen bleibt in diesen Bereichen entschlossener Druck der EU notwendig. Mit dem Bruch eines nationalen Tabus hat die Türkei die Zustimmung beim Zypern-Referendum im Nordteil der Insel positiv unterstützt. Für das Scheitern des Annan-Planes kann sie nun nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Der Ball liegt jetzt beim Südeil. Daher hofft die Türkei im Dezember 2004 ein Datum für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der EU zu bekommen.

Bei den Kommunalwahlen im März 2004 konnte die türkische Regierungspartei AKP an Stimmen hinzugewinnen. Die einzige parlamentarische Oppositionspartei hingegen musste deutliche Verluste einstecken. Dies führt zu einer inneren Zerreißprobe der Partei. Politische Parteien verlieren zunehmend an Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Daher steigt die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Demokratisierung der Gesellschaft.

Im Mai 2004 wurde die Gleichstellung von Männern und Frauen als Verfassungsauftrag verankert. Dennoch liegt noch ein langer Weg vor den Frauen. Noch immer kommt es zu Ehrenmorden und Gewalt gegen Frauen. Durch den Druck der Frauenorganisationen hat die Regierung im Mai 2004 endlich die Strafminderungen für Ehrenmorde beseitigt und erzwungene Eheschließungen verboten.

Die türkische Regierungspartei will weder als islamisch bezeichnet werden, noch möchte das Land als Muster für die Region dienen. In der Türkei hat noch keine Entspannung zwischen islamisch-religiösen und kemalistisch-laizistischen Kreisen stattgefunden. Die Gesellschaft ist in Blöcke unterteilt.

Zwar hat sich die türkische Wirtschaft auf makro-ökonomischer Ebene von der Krise 2000/2001 deutlich erholt und verzeichnet Wachstumsraten über 5%. Auf mikro-ökonomischer Ebene hat sich die Situation aber dramatisch verschlechtert. Bereits 21% der städtischen Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Frauen haben auf dem Arbeitsmarkt besonders schlechte Chancen.

Nach dem Irak-Krieg und den Spannungen im türkisch-amerikanischen Verhältnis nahmen die europäisch-türkischen Beziehungen qualitativ an Bedeutung zu. Der Türkei verursacht die starke Abhängigkeit von den USA, deren Glaubwürdigkeit international wie regional in Frage gestellt wird, zunehmendes Unbehagen. Auch das Verhältnis zu Israel ist gegenwärtig gespannt. Die Türkei sieht sich daher zwar durchaus als Partner in einer Initiative zur Demokratisierung und Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens. Sie bevorzugt hier jedoch die Herangehensweise Europas.

2. Zentrale Entwicklungen des vergangenen Jahres

2.1 Die türkisch-europäischen Beziehungen

Die türkische Regierung zeigte sich weiterhin entschlossen zu den für einen EU-Beitritt notwendigen Reformen. Aufgrund des Irak-Krieges und der damit verbundenen innen- wie außenpolitischen Herausforderungen konnte sie jedoch erst nach Beendigung des Krieges die Reformierung des Gesetzesapparats fortsetzen. An dieser Stelle werden nur die als „revolutionär“ bezeichneten Reformen dargestellt: die Zurückdrängung der militärischen Einflussmöglichkeiten auf die Politik und die zivile Kontrolle des Militärs.

Die starke Stellung des Militärs in der Politik der Türkei reicht zwar bis vor die Gründung der türkischen Republik zurück. Institutionell wurde sie jedoch erst mit dem Militärputsch 1960 und der darauf folgenden Gründung des Nationalen Sicherheitsrates (NSR) verankert. Seither besteht die Exekutive bzw. Judikative aus Parallelstrukturen: einem zivilen Ministerkabinett und dem Nationalen Sicherheitsrat bzw. einer zivilen und militärischen Justiz. Nach dem Militärputsch 1980 verstärkte das Militär mit der Verfassung von 1983 seine Stellung im politischen System noch einmal. Nunmehr musste das Kabinett die „Empfehlungen“ des NSR prioritär berücksichtigen. So konnte der NSR im Februar 1997 per Dekret einen sogenannten „stillen Putsch“ durchführen und den damaligen Ministerpräsidenten zur Umsetzung bestimmter Reformen zwingen. Er führte letztlich zum Rücktritt der Regierung im Jahr 1998 (vgl. Sakallioğlu, 1997, 157)¹.

Im Zuge der Reformgesetze wurden bereits vor Juli 2003 die Militärgerichtsbarkeit auf militärische Angelegenheiten begrenzt und die Staatssicherheitsgerichte ausschließlich mit zivilen Richtern besetzt. Mit dem siebten Reformpaket im Juli 2003 unternahm die türkische Regierung jedoch einen als „revolutionär“ bezeichneten Schritt: Der Nationale Sicherheitsrat wurde zu einem Gremium mit „lediglich“ beratender Funktion zurückgestutzt, der Anteil ziviler Mitglieder im NSR wurde erhöht und den Vorsitz konnte fortan eine zivile Person einnehmen. Ebenso wurde die Präsenz von Mitgliedern des NSR im Kontrollrat für Kinowesen, Video und Musik abgeschafft. Im Juni 2004 schließlich wurde die Militärpräsenz im Hochschulrat (YÖK) beseitigt und der Militäretat unter parlamentarische Kontrolle gestellt.

Auch wenn noch weitere Schritte bis zur vollständigen zivilen Kontrolle des Militärs erforderlich sind, wie die Unterstellung des Generalstabs unter eine effektive zivile Kontrolle (Ministerpräsident oder Verteidigungsminister), Regelungen des öffentlichen Auftretens des Militärs durch zivile Instanzen sowie vollständige zivile Hoheit über den Militäretat (Kramer, 2004, 7)², so hat die türkische Regierung in diesem Bereich die zentralen Reformen vollzogen.

Diesen Wandel haben aber vor allem die kemalistischen Kreise mental noch nicht verarbeitet. Das Militär hat für sie noch immer nicht nur die Funktion der Verteidigung vor „äußeren“ Bedrohungen sondern auch des Schutzes vor „internen“ Gefahren. Insbesondere in Bezug auf das Verhältnis von Islam und Politik und aufgrund des Misstrauens gegenüber der AKP wird fast schon reflexartig auf das Militär geblickt. Dies zeigte sich erneut, als die Regierung eine Reform im Bildungsbereich durchführen wollte, durch die Absolventen von Imam-Hatip-Schulen (Vorbeter und Prediger) den allgemeinen Hochschulzugang erhalten sollten. Allerdings gibt es vermehrt Stimmen, die diesen „Reflex“ zunehmend hinterfragen.

Der Europäische Rat verschob trotz dieser weitreichenden Reformen die Entscheidung über den Beginn der Beitrittsverhandlungen um ein weiteres Jahr. Die Entscheidung des Europäischen Rates vom Dezember 2003 führte jedoch nicht zu den befürchteten Eruptionen oder einem Roll-Back. Als Reaktion auf den Fortschrittsbericht der Kommission und den Beschluss des Europäischen Rates kündigte die Regierung an, bis Ende 2004 die Reformen auch in der Praxis umzusetzen und unterstrich, dass dies nicht für die EU geschehe sondern im Interesse der eigenen Bevölkerung liege. Auch im Jahr 2004 setzte sie ihren Reformkurs fort. Am 9.6.2004 wurden die ehemaligen kurdischen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak nach über zehn Jahren aus der Haft entlassen. Am gleichen Tag strahlte zum ersten Mal in der Geschichte der türkischen Republik der staatliche Fernsehsender TRT eine kurdisch-sprachige Sendung aus. Beide Ereignisse kamen vollkommen überraschend.

Denn insbesondere in Bezug auf religiöse und kulturelle Rechte von Minderheiten schien bis dahin die Feststellung im Fortschrittsbericht der EU-Kommission vom November 2003 noch zuzutreffen: „In einigen Fällen wurde die Reichweite der vom Parlament verabschiedeten politischen Reformen durch die von zuständigen Regierungsstellen ergriffenen Maßnahmen zur Umsetzung spezifischer Aspekte erheblich eingeengt. (...) Dies galt insbesondere für die vom Hohen Rundfunk- und Fernsehrat im Dezember 2002 erlassene Verordnung über die Ausstrahlung von Radio- und Fernsehsendungen in anderen Sprachen als Türkisch, die im Januar 2003 vom Generaldirektorat für das Stiftungswesen erlassene Verordnung über den Erwerb von Immobilien durch Gemeinschaftsstiftungen und für das Rundschreiben, das Eltern gestattet, die ihren Kindern gegebenen Namen registrieren zu lassen, wenn diese nicht als politisch ‚anstößig‘ betrachtet werden“ (EU-Kom, 2003, 20)³.

Insbesondere das Vorgehen in Bezug auf das Ausstrahlen nicht-türkischer Fernsehsendungen kann als Beispiel für die Rolle der Bürokratie bei der schleppenden Umsetzung der Reformen aufgeführt werden. Es dauerte nahezu zwei Jahre bis im Mai 2004 die erste nicht-türkischsprachige Sendung im türkischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Noch wenige Wochen zuvor hatte allerdings der türkische Rundfunk- und Fernsehrat (TRT) beschlossen, erst einmal eine Studie über die in der Türkei vorhandenen Sprachen in Auftrag

zu geben. Diese sollte dann als Entscheidungsgrundlage für nicht-türkische Sendungen dienen. Damit wäre die Umsetzung dieses längst beschlossenen Gesetzes (08/2002) erneut hinausgezögert worden. Erst auf Intervention des Außenministers wurde die Ausstrahlung der nicht-türkischen Sendungen umgehend umgesetzt.

Auch die Freilassung der ehemaligen Abgeordneten der Demokratischen Partei (DEP) erfolgte erst auf politische Intervention und nach Verabschiedung des achten Reformpakets und der Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte. Nur wenige Wochen zuvor hatte das Berufungsgericht die Urteile gegen die DEP-Abgeordneten bestätigt – trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR). Mit diesem Reformpaket wurde eine weitere wichtige Grundlage für den Ausbau des Rechtsstaats gelegt, indem die Urteile des EGMR anerkannt und die von der Türkei ratifizierten internationalen Abkommen im Bereich der Grund- und Menschenrechte über die Verfassung gestellt wurden. Außerdem wurde die Gleichstellung von Mann und Frau als Gesellschaftsauftrag in der Verfassung verankert. In dem am 14. Juli 2004 verabschiedeten neunten Reformpaket wurde die Todesstrafe aus allen Gesetzesparagrafen entfernt und in lebenslängliche Haftstrafen umgewandelt. Zudem wird der Hochschulrat (YÖK) fortan ausschließlich mit zivilen Vertretern besetzt.

Man kann nicht allein den bürokratisch-autoritären Staatsapparat für die schleppende Umsetzung der Reformen verantwortlich machen. Insbesondere im Bereich kultureller und religiöser Rechte von Minderheiten sowie hinsichtlich der Rechte von zivilgesellschaftlichen Organisationen zögert die Regierung mit den Reformen. Obwohl zahlreiche Restriktionen in Bezug auf Aktivitäten von Vereinen aufgehoben wurden, kann von einer ungehinderten Arbeit von NGOs noch nicht gesprochen werden. Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen werden häufig noch als Angriff auf den Staat aufgefasst.

Im Zuge der Reformpakete wurden etliche positive Schritte unternommen, die zur Entspannung und Verbesserung der Situation in den südöstlichen Gebieten der Türkei führten (z.B. Aufhebung des Ausnahmezustandes). Insgesamt ist seit Beendigung der bewaffneten Auseinandersetzungen und durch die verbesserte rechtliche Situation vor allem in Diyarbakir, der größten Stadt in den kurdischen Gebieten, ein reges zivilgesellschaftliches und kulturelles Leben entstanden. Es findet Austausch mit Kulturschaffenden, Intellektuellen und NGOs aus dem In- und Ausland statt. Dennoch werden auch von der Kommission verstärkte Maßnahmen angemahnt, um die soziale und wirtschaftliche Lage im Südosten zu verbessern und eine umfassende Rückkehr der BinnenmigrantInnen in ihre Dörfer zu ermöglichen.

In der Zwischenzeit hat sich die Lage in den kurdischen Gebieten und die Kurdenfrage erneut zugespitzt. Vermehrt wird über bewaffnete Auseinandersetzungen berichtet. Die PKK-Nachfolgeorganisation Kongra-Gel hat wenige Tage vor der Freilassung der ehemaligen DEP-Abgeordneten den „einseitigen Waffenstillstand“ von 1999 aufkündigt. Erstmals bringt die lokale Bevölkerung auf Demonstrationen ihre Ablehnung von Gewalt und den Wunsch nach einer sicheren und gewaltfreien Zukunft zum Ausdruck. Eine entschlossene Umsetzung der Reformen dürfte daher einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung der Lage darstellen. Die türkische Regierung erfährt nicht nur im Ausland sondern auch im Inland für ihre Reformpolitik zunehmende Anerkennung. Der demokratische Frühling, den die Türkei seit Ende 2002 durchlebt, hat vielerorts Hoffnungen geweckt. Die Bevölkerung ist mehrheitlich nicht nur von weiteren demokratischen Fortschritten sondern auch von einem wirtschaftlichen Aufschwung überzeugt. Erneut richtet sich daher der Blick auf den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission und den Beschluss des Europäischen Rates Ende dieses Jahres. Selbst bei vorhandenem Willen wird die Regierung ihre Ankündigung nicht einhalten können, die Reformen vollständig umzusetzen. Auch während der Beitrittsverhandlungen wird es darauf ankommen, in den Bereichen auf Reformen zu drängen, in denen die Regierung selbst Zurückhaltung zeigt. Darüber hinaus sind langfristige Maßnahmen erforderlich, um die europa-freundlichen Kräfte, die Zivilgesellschaft und das Verständnis in der Gesellschaft für demokratische und pluralistische Werte zu stärken.

Denn noch gibt es weiterhin eine starke Opposition aus Teilen des Militärs, des Staatsapparats, der Nationalisten und Islamisten. Auch wenn bei der Entscheidung über die Kriegsbeteiligung im Irak zahlreiche Faktoren eine Rolle gespielt haben, so war die äußerst knappe parlamentarische Mehrheit gegen die Kriegsbeteiligung (eine Stimme) doch auch ein Indikator für die Stärke der europa-feindlichen, nationalistischen Kräfte.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte daher dem vergangenen Jahr verstärkt den europäisch-türkischen Dialog sowohl zwischen der Zivilgesellschaft als auch zwischen Wissenschaft und Politik. Mit zahlreichen Projekten zur Unterstützung der Zivilgesellschaft will die Stiftung zudem einen Beitrag zur Nachhaltigkeit und Vertiefung der Demokratisierung in der Gesellschaft leisten.

Bei zwei Tagungen in Berlin (November 2003) und in Istanbul (April 2004) diskutierten ExpertInnen aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft über die türkisch-europäischen Beziehungen. Neben der Auseinandersetzung mit dem bisherigen Reformprozess wurde auch über das Verständnis europäischer Identität und gemeinsamer europäischer Außenpolitik diskutiert. Wichtig war hier der Dialog über unterschiedliche Auffassungen und die Leistungen, welche beide Seiten auf dem Weg der Annäherung erbringen müssen. Dieser Dialogprozess wird im November 2004 in Berlin fortgesetzt. Hierbei werden Auffassungen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft sowie eine Auseinandersetzung mit dem Kemalismus im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.

Da die Integration von Muslimen in Deutschland als ein Faktor zu werten ist, der insbesondere in Deutschland die Debatte über die türkische Beitrittsperspektive prägt, unterstützte die Stiftung das Forschungsprojekt „EURO-TÜRKEN: Eine Brücke oder eine Bresche zwischen der Türkei und der Europäischen Union?“ der Bilgi-Universität. In diesem Forschungsprojekt wurde die Haltung von MigrantInnen türkischer Herkunft in Deutschland und Frankreich zu Europa und europäischen Werten untersucht. Im Rahmen einer von der Stiftung unterstützten Konferenzreihe mit der Bosphorus-Universität wurde die Integrationspolitik einzelner europäischer Mitgliedsstaaten analysiert und die Rolle türkischer Institutionen und Behörden bei der Integration herausgearbeitet. Durch die Teilnahme zahlreicher WissenschaftlerInnen aber auch Politiker und Vertreter der türkischen Administration wurde ein wichtiger Grundstein für den Dialog zwischen den unterschiedlichen Ebenen gelegt.

Durch Projekte mit Jugendlichen und StudentInnen will die Stiftung insbesondere auch das Verständnis für Europa in der nachkommenden Generation stärken. Wie bereits 2003 wird auch in diesem Jahr die europäische Jugendwoche der Universität Antalya zu den „Türkisch-Europäischen Beziehungen“ durchgeführt, an der sich StudentInnen mit unterschiedlichen europapolitischen Themen auseinandersetzen. Hierzu gehört auch ein von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstütztes Jugendsommerncamp der Stiftung für Freiheit für Kinder, das in Kooperation mit AEGEE (Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe) in Fethiye, Antalya, durchgeführt wurde (27. Juli bis 3. August 2003).

Die Stiftung unterstützt auch zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich mit gesetzlichen Reformen in Teilbereichen auseinandersetzen und Alternativen formulieren: auf dem 14. NGO-Forum im Dezember 2003 diskutierten zahlreiche VertreterInnen von NGOs aus der Türkei den juristischen Rahmen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten. Im November 2003 fassten sich VertreterInnen unterschiedlicher Frauenorganisationen mit Genderaspekten der Demokratisierung. Im Dezember 2004 werden auf einer Tagung der Menschenrechtsstiftung die Menschenrechtsstandards der EU und der Türkei thematisiert.

Schließlich will die Stiftung die positiven Entwicklungen im Südosten der Türkei unterstützen. Die kulturelle Öffnung und der Austausch mit Intellektuellen aus dem In- und Ausland, der Dialog zwischen NGOs, Administration und Politik stehen hierbei im Fokus der Aktivitäten. Die Stiftung unterstützte die Teilnahme von Jugendlichen an einem internationalen Jugendfestival in Diyarbakir und plant im Herbst eine Diskussionsveranstaltung über den Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission aus regionaler Sicht. Ebenso steht eine Delegationsreise von PolitikerInnen und NGO-VertreterInnen nach Deutschland auf der Agenda dieses Herbstes. Zudem unterstützt die Stiftung das Frauenprojekt KAMER, das ein Beratungszentrum für Frauen, einen Kindergarten und ein Lokal unterhält und Frauen in der Region bei der Gründung vergleichbarer Zentren unterstützt.

2.2 Die Zypern-Frage

Die EU stellte seit dem Europäischen Rat von Helsinki im Jahr 1999 die Lösung der Zypernfrage nicht mehr als Bedingung für den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Dennoch bestand immer ein indirekter Zusammenhang. Denn die Kommission brachte stets unmissverständlich ihre Erwartung zum Ausdruck, dass sich die Türkei aktiv an der Konfliktbeilegung beteiligen müsse und dies für die eigene EU-Heranzuführung von Vorteil sei. Sie betonte, dass sie die Republik Zypern im Mai 2004 auch ohne Lösung des Konflikts aufnehmen würde. Indirekt war auch deutlich, dass die EU eher die türkisch-nationalistische Haltung für das Fortbestehen der Krise verantwortlich machte als die griechische Seite. Mit Näherrücken des EU-Beitritts Zyperns erhöhten die UN die Anstrengungen, die Teilung der Insel zu überwinden. Die erste Initiative von UN-Generalsekretär Kofi Annan im Herbst 2002/Frühjahr 2003, also noch vor Unterzeichnung des Beitrittsvertrags mit der Republik Zypern im Mai 2003, eine Lösung zu erzielen, war im März 2003 gescheitert. Allerdings machte die Bevölkerung im Nordteil der Insel mit beeindruckenden Demonstrationen deutlich, dass sie eine Vereinigung mit dem Südtteil wünscht.

Der Druck auf die türkische Regierung stieg, wollte sie nicht, dass ihre eigene EU-Beitrittsperspektive der Zypern-Frage zum Opfer fallen würde. Denn der Türkei war nicht daran gelegen, dass Griechenland und das neue EU-Mitglied Zypern über die Zukunft der Türkei in der EU entscheiden. Auch in der türkischen Öffentlichkeit regten sich zunehmend die Stimmen, die kritisch zu der nationalistischen Haltung in der Türkei und im Nordteil der Insel standen. Sie wollten nicht wegen der starren Haltung des türkischen Volksgruppenführers Rauf Denktas und der türkischen Nationalisten ihre Chance auf einen EU-Beitritt verspielen. Dennoch überwogen im Unterschied zum Nordteil der Insel in der türkischen Öffentlichkeit noch immer die nationalistischen Töne. Eine von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützte Reise für JournalistInnen und NGO-VertreterInnen unmittelbar vor der Wahl im Nordteil Zyperns vermittelte ein genaues Bild der unterschiedlichen politischen Kräfte. Es wurde auch sehr deutlich, dass Denktas keinerlei Interesse an einem Erfolg des Annan-Planes hatte, auch wenn dem Nordteil noch so viele Zugeständnisse gemacht werden würden. Sein Ziel war die Anerkennung des Nordens und die dauerhafte Teilung der Insel.

Im Dezember 2003 musste der Hardliner Rauf Denktas bei den Wahlen im Nordteil der Insel allerdings eine empfindliche Niederlage einstecken. Die daraufhin gebildete Koalitionsregierung steckte sich eine Lösung des Konfliktes noch vor dem de facto Beitritt Zyperns im Mai 2004 zum Ziel. Durch den innenpolitischen

Wandel im Nordteil der Insel und den Druck in Bezug auf die eigene EU-Beitrittsperspektive begann Anfang 2004 nun endlich auch die türkische Regierung, sich für die Annahme des Annan-Plans einzusetzen. Damit hat sie ein jahrzehntelanges Tabu umgestoßen, wofür sie in der türkischen Öffentlichkeit auf teilweise heftige Kritik stieß. Denn es gelang Rauf Denktas, die kemalistischen und nationalistischen Kreise der Türkei hinter sich zu bringen. Bei seiner Ankunft in Ankara von einer der Verhandlungsrunden wurde er mit kilometerlangen Autoschlangen und Hupkonzerten begrüßt. Die Kemalisten setzten durch, dass Denktas vor dem türkischen Parlament seine ablehnende Haltung zu den Verhandlungen präsentieren konnte. Die Bevölkerung in der Türkei war daher hin- und hergerissen zwischen dem nationalen Stolz und dem Wunsch nach EU-Mitgliedschaft. Mit Bangen wurde auf die angekündigte Stellungnahme des Nationalen Sicherheitsrates gewartet. In gewisser Weise ging man noch reflexartig davon aus, dass das Militär die Richtung vorgab, in welche die Politik gehen durfte. Zur großen Überraschung vieler und zur Enttäuschung der Nationalisten erklärte der NSR wider Erwarten, die Bevölkerung Zyperns solle selbst über ihre Zukunft entscheiden und vermied eine konkrete Positionierung. Nach dieser Stellungnahme wurde in den türkischen Medien kritisch reflektiert, dass man noch immer auf den NSR aufblicke und seiner Stellungnahme – trotz Gesetzesreformen, welche die Stellung des Militärs beschnitten – derartiges Gewicht beimaß. Insofern war diese Situation auch eine Art Lektion und Beispiel dafür, dass das Ablegen gewohnter – wenn auch nicht immer geliebter – Traditionen erst noch im Bewusstsein ankommen musste.

Wie die Ergebnisse der Kommunalwahl in der Türkei im März 2004 zeigten (s.u.), hat der Bruch mit diesem lange gehegten nationalen Tabu der türkischen Regierung nicht geschadet. Die Tatsache, dass im April 2004 die Bevölkerung im Norden Zyperns zu 65%, im Süden hingegen nur zu 35% für den Annan-Plan gestimmt hatte, unterstützte das internationale und nationale Ansehen der Türkei. Dennoch war der Annan-Plan gescheitert. Die EU zeigte sich empört und enttäuscht über das griechische Votum. Dennoch trat die Republik Zypern im Mai 2004 der EU bei, der Nordteil blieb ausgeschlossen. In seinem Bericht an den UN-Sicherheitsrat forderte Kofi Annan die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, das Embargo gegen den Norden der Insel aufzuheben und Beziehungen auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene aufzunehmen. Unter Berufung auf den Annan-Plan stellte die Konferenz der Islamischen Staaten (IOC), die vom 14.-16. Juni 2004 in Istanbul stattfand, einen Antrag auf Wiederaufnahme der Beziehungen zum „Türkischen Staat Zypern“.

In Zypern selbst hatten sich allerdings nach diesem Debakel die Fronten zunächst einmal verhärtet. Die Enttäuschung über das „griechische“ Nein sitzt tief und hat vorerst auch im Norden den nationalistischen Kräften Aufwind gegeben. Dennoch bleibt zu hoffen, dass es Talat gelingt, weiterhin internationale Unterstützung für seinen Versöhnungskurs zu bekommen, um langfristig die Chance auf Wiedervereinigung der Insel aufrechtzuerhalten.

Die türkische Regierung ging letztlich vorerst gestärkt aus den Entwicklungen hervor. Sie betonte, dass sie bei der Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember nicht für die ungelöste Zypernfrage verantwortlich gemacht werden könne. Allerdings wird nun eine um die Republik Zypern erweiterte EU über die Fortschritte der Türkei zu befinden haben.

Die Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt Dialog- und Austauschinitiativen zwischen türkischen und zyprischen NGOs, die sich für eine Überwindung der Teilung einsetzen. So unterstützte sie eine Begegnung türkisch-griechischer Frauen im September 2003 zum Gedenken an die Friedens- und Umweltaktivistin Saynur Gelandost. Ebenso wurde in Zusammenarbeit mit dem Open Society Institute eine Studienreise der Helsinki Citizens Assembly für JournalistInnen der wichtigsten türkischen Tageszeitungen unmittelbar vor den Wahlen im Dezember 2003 durchgeführt, um ein möglichst vollständiges Bild über die Haltung der NGOs und der für die Wahlen kandidierenden Parteien zum Annan-Plan zu erhalten. Die JournalistInnen veröffentlichten mehrere Artikel über die Gespräche und ihre Bewertung der Situation unmittelbar vor den Wahlen. Die Stiftung wird im Herbst 2004 eine Studie über Lösungswege aus der Sackgasse unterstützen, in welche der Konflikt nach dem gescheiterten Referendum und der Aufnahme der Republik Zypern vorübergehend geraten ist.

2.3 Innenpolitik – Politische Parteien – NGOs

Bei den Kommunalwahlen am 28. März 2004 konnte die regierende AKP das in den Wahlanalysen prognostizierte Ergebnis von rund 50% der Stimmen nicht erreichen. Mit knapp 42% der Stimmen legte sie allerdings deutlich gegenüber den Parlamentswahlen Ende 2002 (35%) zu. Für Überraschung sorgte der Wahlerfolg der ultra-nationalistischen MHP, die ebenso deutlich an Stimmen gewann. Mit ihren 10,4% hätte sie bei Parlamentswahlen die 10%-Hürde übersprungen und den Einzug ins Parlament geschafft. Auch die konservative „Partei des rechten Wegs“ (DYP) konnte ihre Stimmen knapp ausbauen (+0,4%). Verloren haben hingegen die konservative ANAP (Mutterlandspartei), die gerade noch 2,5% (-2,6%) erhielt und die GP des „türkischen Berlusconi“ Cem Uzan mit 2,6% (-4,6%). Zusammen haben damit die Parteien „rechts der Mitte“, rechnet man die AKP hierzu und nicht zum „islamischen“ Spektrum, insgesamt einen Stimmenanteil von 56,6% erhalten. Die Parteien „links der Mitte“ hingegen konnten ihren Stimmenanteil insgesamt bei lediglich rund 20% halten. Die Einbußen der einzigen im Parlament vertretenen Oppositionspartei, CHP, von

rund 1,2% wurden durch den Stimmenzuwachs der DSP des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit wieder wett gemacht.

Es gelang der kemalistisch-nationalistischen Oppositionspartei CHP unter Deniz Baykal somit nicht, aus der Vertretung im Parlament Vorteile zu ziehen. Auch die Zypernfrage konnte sie nicht in einen Wahlsieg ummünzen. Von der konkreten außenpolitischen Situation im Kontext der Zypernfrage konnten allenfalls andere konservative bzw. nationalistische Parteien, die DYP und MHP, profitieren.

Für den Erfolg der AKP sind nicht nur – wie vielfach behauptet – die außenpolitischen Erfolge der Regierung ausschlaggebend. Auch innenpolitisch erfährt die gegenwärtige Regierung eine Unterstützung, die weit über die eigene Wählerklientel hinausragt. Die von der Regierung durchgeführten demokratischen Reformen stoßen auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung. Mit dem Senken der Inflationsrate auf unter 10% im Frühjahr 2004 hat sie zudem die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung geweckt und insgesamt in der Bevölkerung eine Aufbruchstimmung erzeugt. Auch die Tatsache, dass die Regierung mit ihrem konsequenten Reformkurs dem Land erstmals eine ernsthafte Chance auf einen EU-Beitritt eröffnet, nährt diesen Optimismus.

Das Wahlbündnis der oppositionellen links-sozialdemokratischen SHP, der ÖDP (Partei für Freiheit und Solidarität) und der pro-kurdischen DEHAP lag mit 5,1% der Stimmen deutlich hinter den gesteckten Zielen. Zudem verlor die DEHAP in einigen ihrer Hochburgen in den kurdischen Gebieten das Bürgermeisteramt. Dennoch kann daraus nicht eine Erosion des ethnisch-kurdisch motivierten Stimmverhaltens geschlossen werden. Der Rückgang der DEHAP-Stimmen wird eher auf das Wahlbündnis mit der SHP zurückgeführt, das in der kurdischen Bevölkerung nicht unumstritten war (Carkoglu, 2004, 6)⁴.

Nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2004 geriet die CHP in eine interne Zerreißprobe, die exemplarisch für das Parteiwesen in der Türkei ist. Laut Medienberichten ist die Partei in mindestens drei Flügel gespalten: die Gruppe um den Parteivorsitzenden Baykal bezeichnete die Ergebnisse der Kommunalwahl als Sieg und plädierte für ein Fortsetzen der bisherigen Politik. Die zweite Strömung hingegen machte Baykal für die Wahlniederlage verantwortlich, forderte seinen Rücktritt und eine charismatische Persönlichkeit als neuen Vorsitzenden (ein Name wurde nicht genannt). Die Wahlniederlage wird daher an der Person Baykal, nicht jedoch an der Politik bzw. Programmatik der Partei festgemacht. Ein dritter Flügel – in Teilen um Kemal Dervis – fordert nicht nur einen Führungswechsel sondern auch eine grundlegende programmatische Neuorientierung hin zu einer modernen Sozialdemokratie. Zudem wurde eine Demokratisierung der Partei gefordert. Letztlich gelang es Baykal, sich auf einem außerordentlichen Parteikongress Ende Juni – von dem zahlreiche interne Oppositionelle ausgeschlossen wurden – als Parteivorsitzender bestätigen zu lassen. Bereits kurz danach brachen die Konflikte jedoch erneut auf.

Zwar wird in der Öffentlichkeit das Fehlen einer politischen Alternative zur AKP kritisiert. Dennoch scheinen die einzelnen Parteien nicht willens oder in der Lage, sich zusammenzuschließen. Dies gilt für alle Strömungen der türkischen Politik. Die Überwindung der chronischen Zersplittertheit der Parteien scheint auch aufgrund der parteiinternen Strukturen und dem Festhalten der Führungspersonen an ihren Machtpositionen kaum überwindbar.

Innerparteiliche Strukturen wie mangelnde interne Demokratie, Klientelismus und autoritäre Hierarchien sind ausschlaggebend dafür, dass die Skepsis gegenüber Parteien und Parteipolitik in der Bevölkerung weit verbreitet ist. Politische Parteien werden nicht als Institutionen wahrgenommen, in denen politische Konzepte diskutiert und weiterentwickelt werden. Aufgrund der 10%-Hürde und des Verhältniswahlrechts repräsentiert das Parlament zudem gerade einmal knapp die Hälfte der abgegebenen Stimmen. Hierdurch ist nicht nur das parlamentarische Leben stark eingeschränkt, ein hoher Anteil der Bevölkerung sieht sich außerdem nicht im Parlament vertreten.

Durch das Versagen der politischen Parteien gewinnen zivilgesellschaftliche Organisationen an Bedeutung für das Formulieren politischer Alternativen. Vor diesem Hintergrund hat sich auch das Selbstverständnis dieser Organisationen im Verlauf der letzten Jahre stark gewandelt. Aufgrund der Repressionen und Depolitisierung der Gesellschaft in den 80er Jahren büßten Gewerkschaften und teilweise auch Berufsverbände ihre Bedeutung in der Opposition ein. Mitte der 80er Jahre entstanden erste politische Vereine, die sich mit Einzelfragen – wie Menschenrechte – befassten. Zudem nahm die Bedeutung der Stiftungen als Organisationen der islamischen Strömung zu. Ihr Tätigkeitsgebiet erstreckte sich vor allem auf Bildung, Studentenwohnheime und die Herausgabe von Zeitschriften. Seit Mitte der 90er Jahre ist der Begriff „zivilgesellschaftliche Organisation“ (sivil toplum kurluluslar, STK) Mode geworden. Obwohl auch diese NGOs häufig in Vereinen organisiert sind, unterscheiden sie sich hinsichtlich des Selbstverständnisses von den Vereinen der 80er Jahre. Dem Begriff Zivilgesellschaft als Ausdruck für aktive Demokratie mit starker Bürgerbeteiligung wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Die Stärkung des Bewusstseins und Engagements in der Bevölkerung mit dem Anspruch, aktiv die Gesellschaft und Politik mitzugestalten, stehen hier im Vordergrund.

Nach Jahren des ehrenamtlichen Engagements, das in der Regel mit juristischen Auseinandersetzungen verbunden war und ist, zeichnet sich insgesamt allerdings das Bedürfnis nach Um- bzw. Neuorientierung in der Zivilgesellschaft ab. Einerseits wird die geringe Anzahl von Aktiven und mangelnde Einbindung jüngerer Mitglieder festgestellt und beklagt. Andererseits besteht weiterhin ein geringer Organisationsgrad in der Gesellschaft insgesamt, das Gefühl ausgepowert und mit den zahlreichen Anforderungen in den einzelnen Bereichen überfordert zu sein. Daher steht eine stärkere nationale und internationale Vernetzung und Vertie-

fung der Kenntnisse über Organisationsaufbau- und Lobbying-Strategien sowie über Techniken zur Projektantragstellung auf der Agenda.

Zunehmend wird auch das Lobbying gegenüber Administration und Politik als ein wichtiges Element der Arbeit verstanden, um wirksamer und effektiver zu werden. Allerdings wird das geringe Interesse der politischen Sphäre – Parlament, Administration, Medien und Parteien – am Know-how und der Arbeit der NGOs bemängelt. Vermehrt fühlen die NGOs eine immer größere Verantwortung angesichts des Desinteresses von politischen Parteien an den Belangen der (Zivil)Gesellschaft. Daher werden Wege diskutiert, wie politische Parteien, das Parlament und der Staat in die Pflicht genommen werden können. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Zivilgesellschaft grundsätzlich in großer Distanz zu den Parteien steht, aus Angst für deren Ziele und Machtstreben vereinnahmt bzw. instrumentalisiert zu werden. Eine Folge davon ist auch, dass die Gründung bzw. die Arbeit alternativer Parteien wenig Unterstützung von der Zivilgesellschaft erfährt.

Sicherlich muss die noch immer problematische rechtliche Situation von NGOs, von der die deutschen politischen Stiftungen in Teilen selbst betroffen sind, verbessert werden. Noch bestehen starke Kontrollbefugnisse über Vereinsaktivitäten und auch Repressionen gegen Mitgliedern, was ehrenamtliches Engagement erschwert (vgl. ai, 2004)⁵. Am 17. Juli 2004 verabschiedete das Parlament ein neues Vereinsgesetz Nr. 5231, das deutlich Verbesserungen für Vereine mit sich bringen dürfte. Allerdings sind die entsprechenden Ausführungsbestimmungen abzuwarten, um die Auswirkungen in der Praxis beurteilen zu können.

Die Heinrich-Böll-Stiftung sieht vor diesem Hintergrund die NGOs als gegenwärtig zentralen Pfeiler zur Demokratisierung und Vertiefung eines demokratischen Verständnisses der Gesellschaft. Hauptschwerpunkt der Stiftungsarbeit besteht daher in der Unterstützung von Projekten der Zivilgesellschaft. Die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammen, welche sich für die Stärkung der Rechte von Frauen, für die Förderung des Umweltbewusstseins und für Menschenrechte einsetzen. Sie unterstützt insbesondere Maßnahmen zur Förderung des nationalen und internationalen Austausches und der Vernetzung. So fördert sie regelmäßig Netzwerktreffen von Initiativen der Umwelt- und Menschenrechtsgruppen und der Frauenhausprojekte sowie zweimal jährlich stattfindende NGO-Symposien, an denen sich NGOs aus allen Bereichen beteiligen, um unterschiedliche Themen im Kontext Staat und Zivilgesellschaft zu diskutieren. Im Berichtszeitraum fanden NGO-Symposien zum Thema „Philosophische Grundlagen für die Zivilgesellschaft“ (Juni 2003) sowie „Netzwerkbildung und aktive Demokratie“ (Juni 2004) statt. Auf der jährlich stattfindenden Menschenrechtskonferenz wurde im November 2003 das Thema „Menschenrechte und Krieg“ behandelt. Im Dezember 2004 widmet sich die Konferenz den EU-Standards für Menschenrechte. Die Stiftung organisierte eine Reise für VertreterInnen von Umweltgruppen nach Brüssel, um Kontakte mit der EU-Kommission zu knüpfen und sich mit international agierenden NGOs über die Umweltpolitik der EU und Türkei sowie jeweilige politische Strategien auszutauschen. Mit der Unterstützung einer landesweiten Kampagne gegen genmanipulierte Lebensmittel im Herbst dieses Jahr möchte die Stiftung einen Beitrag dazu leisten, das Umweltbewusstsein in der Gesellschaft zu verbreitern. In dieser Kampagne arbeiten zum ersten Mal seit der Anti-AKW-Bewegung Anfang der 90er Jahre meist lokal agierende Umweltgruppen landesweit an einem Thema. Dies kann bestehenden Ansätzen zu einer Vernetzung, die auch von der Stiftung gefördert werden, weiteren Schwung und Energie verleihen. Nach der Ankündigung im Frühjahr 2004, AKWs in der Türkei bauen zu wollen, steht die Debatte über Kernenergie erneut auf der Agenda der Umweltgruppen. Im Herbst 2004 plant die türkische Regierung außerdem, ein Gesetz zur Energiepolitik zu verabschieden, so dass auch dieses Thema in den Vordergrund der Auseinandersetzungen treten wird.

2.4 Genderfragen

Die Situation der Frauen in der Türkei variiert sehr zwischen West und Ost, zwischen Groß- und Kleinstädten sowie innerhalb der Großstädte zwischen bürgerlichen Schichten, Immigrantinnen und den Stadtrandgebieten. Der Anteil von Frauen im Parlament ist noch immer sehr gering, ihr Anteil in formellen Beschäftigungsverhältnissen betrug im Jahr 2000 gerade einmal 26%. Lediglich 11,6% der beschäftigten Frauen waren 2003 selbständig Beschäftigte und mehr als 50% arbeiten als unbezahlte Arbeitskräfte vor allem in der Landwirtschaft. Die AnalphabetInnenrate ist mit 22% unter Frauen und Mädchen deutlich stärker als unter Männern (6%) (vgl. OECD, 2004, 44ff.)⁶.

Das Problem der Ehrenmorde ist insbesondere in den kurdischen Gebieten verbreitet, wo patriarchalische Strukturen den Gehorsam von jungen Mädchen und Frauen gegenüber der Familie und dem Ehemann einfordern. Allein schon ein Ausbrechen aus diesen Strukturen kann als Verletzung der Familienehre gewertet werden und den Beschluss des Familienrates, die Frau zu ermorden, zur Folge haben. In einer Studie kommt Psychiatrieprofessor A. Sir der Universität Diyarbakir zu dem Schluss, dass die gestiegene Anzahl der Suizide bzw. Suizidversuche in Diyarbakir auch auf Probleme im Zusammenhang mit der internen Migration zurückzuführen ist. Junge Mädchen und Frauen, die das Leben in der Stadt kennen gelernt haben, wollen sich nicht mehr den patriarchalischen Strukturen unterordnen und werden hierfür von den Familien unter Druck gesetzt (unveröffentlichte Publikation).

Im letzten Jahr liefen zahlreiche Frauenrechtsorganisationen, darunter auch einige Partnerinnen der Heinrich-Böll-Stiftung, Sturm gegen eine geplante Strafrechtsreform. Sie forderten die Aufhebung von Gesetzes-

artikeln, welche eine Strafminderung bei Ehrenmorden und Straffreiheit bei Vergewaltigung mit nachfolgender (erzwungener) Ehelichung vorsahen.

Die Frauenbewegung hat sich in den letzten Jahren über die Grenzen der Großstädte hinaus erweitert und vernetzt. Sie legt zunehmend Wert auf Lobbyarbeit, um die Gesetzeslage im Interesse der Frauen zu verändern. Noch immer gibt es aber zahlreiche, auch gesetzliche Benachteiligungen von Frauen. Die Bekämpfung häuslicher und außerhäuslicher Gewalt gegen Frauen sowie der Ehrenmorde bleiben die wichtigsten Arbeitsschwerpunkte der Frauenbewegung. In den letzten Jahren setzen sich Frauen verstärkt auch für Bildung und Berufstätigkeit von Frauen ein. Einige Initiativen werben insbesondere im ländlichen Raum dafür, jungen Mädchen den Besuch der Schule zu erlauben.

Am internationalen Frauentag 2004 stand das Thema Ehrenmorde und Gewalt gegen Frauen an erster Stelle. Auch durch das Engagement der Frauengruppen ist es gelungen, dass nun im Fall von Ehrenmorden Strafminderungen ausgeschlossen sind, Vergewaltigungen strafrechtlich verfolgt und daraufhin erzwungene Eheschließungen annulliert werden können. Im 8. Reformpaket, das vom Parlament im Mai 2004 verabschiedet wurde, wurden Männer und Frauen vor dem Gesetz gleichgestellt und die Gleichstellung als gesellschaftspolitische Aufgabe in der Verfassung verankert. Trotz dieser positiven Entwicklungen zeigten insbesondere die Debatten vor den Gesetzesreformen, welch langer Weg zur gesellschaftlichen Gleichstellung der Frauen noch zu gehen ist. Im Zug der Gesetzesreformen zur Gleichstellung von Mann und Frau machten auch schwul-lesbische Gruppen auf ihre Forderungen aufmerksam. Auf einer Pressekonferenz forderte eine Initiative von Homosexuellen am 25. Mai 2004 die Beseitigung von Diskriminierungen im Strafrecht. Sie forderten, dass im Strafrecht nicht nur die Gleichstellung von Mann und Frau sondern auch von Homosexuellen und Transsexuellen bzw. die Gleichstellung der Menschen unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität aufgenommen und die strafrechtliche Verfolgung von Homosexuellen beseitigt wird. Homosexuelle sind zahlreichen Schikanen und Repressionen ausgesetzt: Sie haben mit besonderen Schwierigkeiten beim Anmieten von Wohnungen, bei der Arbeitsplatzsuche und in der Schule zu rechnen, selbst bei medizinischer Versorgung sind sie Schikanen ausgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit den Fraueninitiativen nehmen in der Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung einen wichtigen Stellenwert ein. Einen zentralen Schwerpunkt bildet die Unterstützung von Projekten, die sich gegen häusliche Gewalt engagieren und für das Empowerment der Frauen einsetzen. So arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung eng mit KA-MER und Mor Cati zusammen. Beide Projekte sind Anlauf- und Beratungsstellen für von Gewalt bedrohte Frauen. Sie setzen sich in ihrer Arbeit auch für die Stärkung des Menschenrechtsbewusstseins bei Frauen ein und unterstützen Frauen bei der Gründung eigener Initiativen. Um die Vernetzung der Fraueninitiativen und das Entwickeln gemeinsamer Strategien im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen zu stärken, unterstützt die Heinrich-Böll-Stiftung seit 1998 eine jährlich stattfindende Konferenz der Frauenhäuser. Außerdem arbeitet die Heinrich-Böll-Stiftung mit Partnerinnen zusammen, die sich mit dem Verhältnis von Frauen und Demokratie auseinandersetzen. Hierzu zählt beispielsweise die Veranstaltung im Oktober 2003 zu „Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei und die Stellung der Frauen“. Auf dieser Veranstaltung diskutierten Frauenorganisationen mit Frauengruppen aus politischen Parteien, Berufsverbänden und lokalen Verwaltungen über den Stellenwert von Frauenarbeit im Demokratisierungsprozess und über die Politik der regierenden AKP. Die Stiftung unterstützte eine Publikation von Frauenorganisationen, in der Vorschläge für Verbesserungen des türkischen Strafrechts für Frauen dokumentiert wurden. Diese wurden auf einem internationalen Seminar mit RegierungsvertreterInnen diskutiert.

2.5 Islam und Politik

Im Zug die Debatte über das Wider-Middle-East-Projekt wehrte sich die AKP-Regierung im Frühjahr 2004 vehement gegen das Etikett „moderat-islamisch“, welches US-Präsident Bush und andere Verbündete mehrfach für die AKP und ihre Politik gebrauchten. Ebenso konsequent lehnten die Regierung und Intellektuellen der Türkei es ab, mit ihrem vermeintlich „moderat-islamischen Weg“ ein Modell für den Nahen und Mittleren Osten abzugeben. Weder wird der Weg als „moderat-islamisch“ gesehen, noch möchte die Türkei ein Modell für die Region darstellen.

Seit Regierungsantritt im November 2002 bemüht sich die AKP nicht als „islamische“ sondern als moderne und konservative Partei gesehen zu werden. In einem Interview sagte ein AKP-Abgeordneter im Frühjahr 2004, dass selbst die europäisch-konservativen Parteien für die AKP in mancher Hinsicht nicht „modern“ genug seien. Dennoch halten sich die Stereotypen und Vorurteile gegenüber der AKP sowohl im Inland als auch im Ausland hartnäckig.

Teile insbesondere der radikalistischen Strömung befürchten noch immer, dass die AKP eines Tages „ihren Schleier“ fallen lassen werde und den „Schleier“ (gemeint hier ironisch-symbolisch für Islamismus, Rückwärtsgewandtheit etc.) einführen wird. Ein Beispiel hierfür ist der Versuch der Regierung im April 2004, ein Gesetz zu erlassen, wonach AbgängerInnen von Imam-Hatip-Gymnasien den allgemeinen Hochschulzugang erhalten sollten. Die Gesetzesinitiative führte zu heftigen Protesten von StudentInnen und dem Lehrpersonal, die darin im Wesentlichen die Gefahr des Islamismus sahen. Die AKP begünstigte damit einseitig die religiöse Klientel. Nun zeige die Partei ihr wahres Gesicht. Das sei der erste Schritt in Richtung Aufhebung des Kopftuchverbots. Das Gesetz scheiterte letztlich am Veto des Staatspräsidenten. Die AKP wagte

es nicht, das Gesetz ein zweites Mal einzubringen. Insbesondere auch nach einer öffentlichen Äußerung des Militärs, der ersten seit langem (!).

Dass eine Reformierung des Bildungssystems erforderlich ist, wird allgemein nicht bezweifelt. Aber aufgrund der emotionalen Reaktionen war eine sachliche Debatte über das Bildungssystem und die Zukunft der Imam-Hatip-Schulen kaum möglich. Es gab nur vereinzelte Analysen, die sich unaufgeregt mit den Fakten und tief sitzenden Vorurteilen auseinander setzten.

Die Diskussion über das Gesetz zeigt, wie tief der Graben zwischen der muslimisch-religiösen und der säkularen und kemalistischen Bevölkerung weiterhin ist. Es wurde deutlich, dass die Kopftuchfrage weiterhin auch Symbol für diese ungelösten Fragen ist. Weiterhin stehen sich die beiden gesellschaftlichen Blöcke gegenüber, eine Annäherung hat nicht stattgefunden. Dennoch zeigen sich Risse in der Verhärtung dieser Strukturen. So hat sich Kemal Dervis, einer der CHP-internen Kritiker und Befürworter einer grundlegenden Reformierung der Sozialdemokratie, für einen liberalen Umgang in der Kopftuchfrage geäußert, also ange-regt das Kopftuchverbot aufzuheben. Und auch die Reaktionen auf das Urteil des EGMR zeigen, dass in diese Frage Bewegung gekommen ist. So schrieb der Menschenrechtsverein in einer Presseerklärung „wir als Menschenrechtsverteidiger verteidigen die Kleidungs-freiheit des Individuums. Wir denken auch, dass es in dieser Frage keine Trennung in ‚privaten‘ und ‚öffentlichen‘ Raum geben kann. Dieser Freiheitsraum kann nur dann zum Problem werden, wenn die Freiheit eines anderen eingeschränkt wird. Außerdem hat ihr Be-schluss auch eine andere Seite: ‚die Frau ins Haus zu sperren, die Frau an der Bildung zu hindern‘.“ Dass die Integration des Islam in die Gesellschaft nicht verwirklicht wurde, zeigen auch die zivilgesellschaftlichen Organisationen. Nur in Ausnahmebereichen besteht die Bereitschaft zur Zusammenarbeit oder das Interes-se an einem Austausch über gemeinsame Arbeitsgebiete. Insgesamt herrschen starke Berührungsängste, vor allem der säkular-orientierten NGO-Szene gegenüber dem religiös-konservativen Spektrum vor, aber auch umgekehrt.

Durch die Anschläge im Herbst 2003 mitten im Herzen Istanbuls rückte die „fundamentalistische Gefahr“ mitten in das Leben der Bevölkerung und erhöhte mit Sicherheit das Misstrauen und die Angst vor radikalen MuslimInnen in der Gesellschaft und vor Islam allgemein.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hält daher die Unterstützung von Ansätzen und Initiativen zur Überwindung dieser gesellschaftlichen Brüche für erforderlich – auch im Hinblick auf die Demokratisierung der Gesellschaft. Da-her unterstützt die Stiftung eine Informationsreise einer Gruppe von Frauen nach Deutschland, die sowohl dem säkularen als auch dem religiösen feministischen Spektrum angehören. Die Stiftung hat mit einem Ei-genbeitrag aktiv an einer Veranstaltung über die „Kopftuchfrage in europäischen Mitgliedsstaaten“ teilge-nommen und wird auch zukünftig dieser Frage einen breiteren Stellenwert einräumen.

2.6 Wirtschafts- und entwicklungspolitische Entwicklungen

Die türkische Wirtschaft durchlief Ende 2000/Anfang 2001 eine starke Krise, die zu einer Halbierung des Werts der Lira gegenüber dem Dollar sowie einem kurzfristigen Anstieg der Zinsen auf über 100 Prozent führte. Sie mündete im Bankrott von zehntausenden Klein- und Mittelbetrieben, dem Verlust einer Million Arbeitsplätze sowie einem Sinken des Lebensstandards insbesondere der unteren Mittelschicht. Ursachen für diese Krise waren eine steigende Staatsverschuldung bei steigenden Zinsen, wachsender Inflation, einer künstlichen Überbewertung der Lira und damit einhergehender Verschlechterung der Außenhandelsbilanz (Kramer, 2003, 2f.)⁷. Problematisch waren auch die politische Einflussnahme bei der Kreditvergabe öffentlicher Banken und die Subventionierung unrentabler Privatisierungskandidaten durch profitable Unternehmen aus dem Privatisierungspool (Quaisser /Repegather, 2004, 11ff.).

Erst mit dem IWF-Beistandsabkommen, das einen Kredit in Höhe von insgesamt 16 Mrd. US-Dollar vorsah, und darauf folgender Strukturreformen erholte sich die Wirtschaft wieder. Die bereits 2001 eingeleiteten Maßnahmen zur strukturellen Reformierung der Wirtschaft wurden aufgrund der instabilen politischen Lage und der vorgezogenen Parlamentswahlen im November 2002 zunächst ausgesetzt und erst im Jahr 2003 erneut aufgelegt. Mit dem sogenannten Istanbuler Konzept legte die türkische Regierung im Mai/Juni 2003 ein Programm zur Umstrukturierung der Ökonomie auf, das den Kreditzugang für Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) verbessern, ausländische Direktinvestitionen anziehen, die Privatisierung und Umstrukturierung der staatlichen Unternehmen fördern und die Unternehmensführung verbessern sollte. Es sah eine Privatisierung von 30 staatlichen Unternehmen (Petrochemie, Tabak-Alkohol-Monopol, Zucker, Stahl, türkische Fluggesellschaft sowie Ölraffinerien) im Wert von insgesamt 1,9 Mrd. Euro vor. Auch im Finanzwesen war eine Restrukturierung und Privatisierung des Bankensektors, eine Stärkung der Bankenaufsicht und Verbesserung der Kapitalausstattung der Banken angestrebt. Schließlich zielte das Istanbuler Konzept auf eine Umschuldung von Unternehmenskrediten.

Dennoch zeigte sich in der Praxis, dass die Privatisierung und Umstrukturierung nur schleppend voranging. Verantwortlich dafür waren der schlechte Zustand der Unternehmen, der sie für ausländische Investoren unattraktiv macht und insgesamt ein privatisierungsfeindliches Klima. Zur Sanierung des öffentlichen Haushalts ergriff die Regierung Maßnahmen, um die Steuereinnahmen des Staates zu verbessern, etwa eine Verbesserung des Steuereinzugs und die Abschaffung von zahlreichen Sonderfonds. Dennoch leidet der

Staatshaushalt weiterhin unter der Last des Schuldendienstes, der rund 20% des BIP verschlingt und die Abhängigkeit der Türkei von ausländischen Krediten weiter bestehen lässt.

Nach einem Negativwachstum des BIP von -7,5% im Jahr 2001 gelang es bereits in den Jahren 2002 und 2003 wieder, ein Realwachstum von 7,8 bzw. rd. 5% zu erreichen (Quaisser /Repegather, 2004, 15)⁸. Zudem konnte die Inflationsrate bei Verbraucherpreisen von 45% im Jahr 2002 auf rund 20% im Jahr 2003 gesenkt werden. Auch zu Beginn des Jahres 2004 setzte sich dieser Trend fort, so dass die Regierung im Frühjahr 2004 erstmals von einstelligen Inflationsraten sprach. Ebenso konnte der Außenhandel insgesamt wieder gestärkt werden, wobei sich jedoch bereits im Jahr 2003 ein steigendes Handelsbilanzdefizit einstellte.

Der Außenhandel (Importe wie Exporte) mit der EU ist ein bedeutender Teil des gesamten türkischen Außenhandels. 2002 betrug der Anteil der türkischen Exporte in die EU an den Gesamtexporten 51,5% (+12% im Vergleich zu 2001) und der Anteil der Importe aus der EU 45,5% (+26,3% im Vergleich zu 2001). Damit liegt der Anteil des Außenhandels mit der EU ungefähr auf gleichem Niveau wie der von Bulgarien und Rumänien. Deutschland steht mit einem Anteil von 44% der türkischen Exporte in die EU und einem Anteil von 36% der Importe aus der EU an oberster Stelle. Allerdings ist eine Erosion dieser deutsch-türkischen Handelsbeziehungen zu verzeichnen, die auf die Konzentration auf wenige Produkte (v.a. Textilien, Maschinen und Beförderungsmittel) zurückzuführen ist. Nach Quaisser und Repegather stellen ausbleibende bzw. geringe Auslandsinvestitionen weiterhin ein Problem für die Sanierung der Wirtschaft dar. Verantwortlich dafür sind nach Ansicht der AutorInnen vor allem bürokratische Hemmnisse und die politisch unklare Situation – auch in Bezug auf die EU-Beitrittsperspektive der Türkei.

Während es folglich gelang, die makro-ökonomischen Daten zu verbessern, wurden die Reformmaßnahmen von hohen sozialen Folgen begleitet. Seit der Wirtschaftskrise sank der reale Durchschnittsverdienst um 25%, die Arbeitslosenrate stieg in Folge der Privatisierungsmaßnahmen auf rund 11% im Jahr 2003. Bedenklich ist insbesondere auch, dass die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen (unter 25 Jahren) am Ende des 2. Quartals 2003 laut offiziellen Statistiken 19,6% betrug. Bemerkenswert ist, dass die Arbeitslosigkeit in den Städten höher ist als auf dem Land (Stadt: 13,2%, Land: 6,3%) (Quaisser/Repegather, 2004, 19f., OECD, 2004, 44). Insgesamt ist die versteckte Arbeitslosigkeit deutlich höher zu veranschlagen. Dies hat zudem zu einem Anwachsen des informellen Sektors mit äußerst prekären Beschäftigungsverhältnissen und ohne soziale Absicherung geführt, der Ende 2003 rund 50% des BIP betrug (Kramer, 2003, 7).

Dieses Bild verdüstert sich zusätzlich durch die ungenügende Einbindung der Beschäftigten in ein Sozialversicherungssystem. Lediglich 50% der Beschäftigten können von den sowieso vollkommen unzureichenden Sozialversicherungen profitieren. Nach Schätzung der Weltbank lebten im Jahr 2001 rd. 21% der städtischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze (food poverty line) (im Vergleich dazu waren es 1994 rund 6%), wobei 25% der städtischen Armen im Südosten der Türkei leben (Weltbank, 2003, 29)⁹.

Problematisch ist in diesem Kontext das starke regionale Gefälle in der Türkei, das deutlich stärker ausgeprägt ist als bei allen EU-Mitgliedsstaaten. „Etwa zwei Drittel der Bevölkerung lebten im Westen des Landes auf der halben Landesfläche, die über 80% des nationalen BIP auf sich vereinte. Dort lag das BIP-pro-Kopf (in PPS) etwa um 23% über dem Landesdurchschnitt und lag bei ca. 41% des EU-Niveaus. Im Osten erreichte das Einkommensniveau nur ca. 53% des Landesdurchschnitts. In drei Regionen Ostanatoliens lagen die Einkommen nur zwischen 20% und 50% des Landesdurchschnitts, d.h. lediglich zwischen 7% und 16% des EU-Niveaus. Ähnlich markante Unterschiede lassen sich zwischen Küstenregionen und dem Binnenland feststellen“ (Quaisser/Repegather, 2004, 62).

Die Liberalisierung des Agrarsektors im Rahmen des EU-Beitritts dürfte daher die Situation in diesen Regionen verschlechtern und die Kluft zwischen Ost-West, Küste-Binnenland weiter vertiefen. Zumal in der Regel von einer Liberalisierung der Ökonomie die bereits entwickelten Regionen profitieren. Durch sinkende Agrarpreise in Folge der Liberalisierung ist ein Rückgang der Einkommen der Bauern zu erwarten. 1997 aber lebten bereits 16% der ländlichen Haushalte unter der Armutsgrenze. Wenn die ländlichen Einkommen, die bereits jetzt um ca. ein Viertel unter denen der städtischen Gebiete liegen, wie zu erwarten weiterhin sinken, dann dürfte dies in einer Zunahme von Armut im landwirtschaftlichen Bereich resultieren (ebd., 57f.). Daher will sich die Heinrich-Böll-Stiftung in den kommenden Jahren verstärkt mit Fragen des regionalen Ausgleichs, der „Entwicklung des ländlichen Raums“ sowie mit Ansätzen zur Überwindung der strukturellen Probleme im Agrarsektor im Kontext des EU-Beitritts befassen.

2.7 Regionale Bedeutung der Türkei

Der Irak-Krieg war in Bezug auf die türkisch-europäischen Beziehungen in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Eine Beteiligung am Irak-Krieg hätte mit Sicherheit die Fortsetzung der Reformen in der Türkei gebremst oder erschwert. So wäre es vermutlich schwierig geworden, die Gesetze durchzusetzen, mit denen der politische Einfluss des Militärs reduziert und die zivile Kontrolle ausgebaut wurde. Der Irak-Krieg zeigte auch starke Auswirkungen auf die transatlantischen und türkisch-amerikanischen Beziehungen, wodurch die europäisch-türkischen Beziehungen zusätzlich an Bedeutung gewannen. Die historische Entscheidung des türkischen Parlamentes vom 1. März 2003, den Durchmarsch der US-Truppen und eine türkische Kriegsbeteiligung abzulehnen, führten zu enormen Spannungen mit dem engsten Verbündeten. Die Türkei sorgte

sich daher zunächst vor einer internationalen Isolation, d.h. von den USA „fallen gelassen“ und von der EU nicht integriert zu werden. Gleichzeitig befürchtete die Türkei, die Unterstützung der USA in der EU-Beitrittsfrage zu verlieren und auch bei den Verhandlungen mit dem IWF abgestraft zu werden. Ebenso befürchtete die Türkei, dass die USA ihrem stärksten Verbündeten im Irak – den kurdischen Parteien – ohne Rücksicht auf die „Befindlichkeiten“ der Türkei Zugeständnisse machen würde. Die türkische Regierung vollzog daher einen wahren Schlingerkurs in Bezug auf die Irak-Politik. So beschloss sie im August 2003, Soldaten in den Irak zu entsenden. Es zeigte sich aber, dass die USA den Wünschen nach einer Stationierung im Norden des Irak nicht nachgeben wollten und konnten. Sie verzichteten daher letztlich gänzlich auf dieses spät eingegangene „Angebot“. Die Türkei versuchte folglich, die Scherben im türkisch-amerikanischen Verhältnis zu kitten und bemühte sich um erneute Annäherung. Auf der anderen Seite fühlte sie sich jedoch durch die Erfahrung, sich dem Druck ihrem Verbündeten nicht gebeugt zu haben, auch gestärkt und eröffnete als eines der ersten Länder gegen den erklärten Willen der USA eine Botschaft in Bagdad.

Bereits im Vorfeld des Irak-Kriegs wurde die starke, einseitige Abhängigkeit der Türkei von den USA kritisch hinterfragt. Es wurde immer wieder betont, dass die versprochenen US-Hilfen im Kontext des zweiten Golfkriegs 1990/91 nicht im gewünschten Maße ausgefallen waren. Die USA werden in der Öffentlichkeit als immer weniger verlässlicher Bündnispartner aufgefasst.

Die türkische Regierung zeigt sich auch weiterhin unzufrieden über die US-Politik im Nord-Irak und versuchte vergeblich, die USA während des Istanbul NATO-Gipfels im Juni 2004 zu Zusagen bei der Bekämpfung der PKK zu bewegen. Unmittelbar vor dem Gipfel berichteten türkische Zeitungen über eine angebliche militärische Ausbildung der irakisch-kurdischen Parteien durch Israel. Dem Artikel zufolge habe sich Israel nach dem Scheitern der USA, im Irak stabile, USA-freundliche Verhältnisse aufzubauen, entschlossen, selbst im Irak aktiv zu werden. Notfalls würde Israel auch eine Spaltung des Irak akzeptieren. Laut türkischen Medien hätten auch türkische Geheimdienste verstärkte Aktivitäten Israels im Nord-Irak beobachtet. Auch ein offizielles Dementi aus Israel und die Beteuerung, die türkischen Interessen in der Region zu berücksichtigen, konnten zumindest die türkischen Medien nicht überzeugen. In diesem Kontext ist die deutliche Kritik der Türkei am Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza und an dem Bau der Grenzmauer im Frühjahr 2004 zu sehen. Auch wenn diese Kritik der türkischen Öffentlichkeit teilweise nicht weit genug ging und sie einen Abbruch insbesondere der türkisch-israelischen Beziehungen auf militärischem Gebiet forderte. Die türkische Regierung erntete breite Unterstützung für ihre Kritik und mit Häme wurde berichtet, dass Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan den israelischen Außenminister bei dessen Türkeiibesuch im Juli 2004 nicht empfing.

Die Schritte der türkischen Regierung in Bezug auf Israel können durchaus auch im Kontext der Auseinandersetzung um die Wider-Middle-East-Initiative bewertet werden. Die Türkei lehnt es zwar ab, die Rolle eines Musters oder Modells für den Nahen und Mittleren Osten zu spielen. Auf der anderen Seite unterstrich sie mehrfach auf internationalen Konferenzen in diesem Frühjahr (NATO-Gipfel, Treffen der OIC, G7), durchaus eine aktive Rolle bei der demokratischen Transformierung der Gesellschaften einnehmen zu wollen und versteht sich als Vermittler zwischen den islamischen und nicht-islamischen Ländern. Sie betonte ihre grundsätzliche Übereinstimmung mit den Zielen der Wider-Middle-East-Initiative (Demokratisierung sowie Stabilisierung), betonte aber, dass diese Transformation aus der Region und den Gesellschaften selbst entspringen müsse. Zudem brachte sie ihre Nähe zu den europäischen Partnern und Vorstellungen – im Unterschied zu den US-amerikanischen – deutlich zum Ausdruck. Die Türkei hofft auch, dass ihre geostrategische Bedeutung und Bereitschaft, eine aktive Rolle im Nahen und Mittleren Osten spielen zu wollen, ihr in Bezug auf den EU-Beitritt nützlich sein wird.

Es macht den Eindruck, als suche die Türkei nach Auswegen aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA. Denn die USA haben nicht nur in der Region sondern auch in der Türkei an Ansehen und Glaubwürdigkeit verloren. In der Türkei werden die Strafverfahren gegen die Folterer von Abu Ghaib zwar begrüßt. Aber ernsthaft glaubt niemand, dass damit die eigentlichen Verantwortlichen getroffen werden. Die USA als Hauptverbündeter sind daher für ein Land wie die Türkei, das mitten im Hotspot der internationalen Politik liegt, nicht nur attraktiv.

Zukünftig wird die Region des Nahen und Mittleren Ostens bei der Neubestimmung des transatlantischen Verhältnisses eine bedeutende Rolle einnehmen. Die Türkei wird hierbei aufgrund der geostrategischen Lage von immenser Bedeutung sein. Die EU-Beitrittsfrage der Türkei hat vor diesem Hintergrund eine weitere Dimension erhalten – sowohl für die Türkei wie auch für die EU.

Die Türkei ist darüber hinaus Nachbar der süd-kaukasischen Länder Georgien, Aserbaidschan und Armenien. Sie hat in dieser Region eine nicht unbedeutende Stellung – insbesondere auch in Bezug auf den Berg-Karabach-Konflikt. Gleichzeitig ist das türkisch-armenische Verhältnis von diesem Konflikt mit beeinflusst. Jeder Versuch, einer Annäherung oder Grenzöffnung mit Armenien scheitert immer wieder an den erbosten Reaktionen des Verbündeten Aserbaidschan. Ein EU-Beitritt der Türkei würde jedoch auch bedeuten, dass die EU Konflikte an einer ihrer Grenzen eingehen würde. Auch aufgrund der EU-Beitrittsperspektive muss es daher langfristig im Interesse der Türkei sein, Fortschritte im Berg Karabach-Konflikt zu erreichen und das Verhältnis zu Armenien zu klären. Die Türkei betont zwar immer wieder ihre Bereitschaft zu einer aktiven Rolle in der Region. Dennoch zeigte sich, dass sie die Ansätze zu einer Annäherung mit Armenien, wie sie auf dem NATO-Gipfel im letzten Jahr vereinbart wurden, nicht in die Praxis umzusetzen vermag.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat daher im Frühjahr dieses Jahres eine erste Veranstaltung zur Wider-Middle-East-Initiative, EU und USA durchgeführt. Im November 2004 wird sie in Zusammenarbeit mit dem Büro in Tbilisi ein Treffen von NGO-VertreterInnen aus Georgien, Armenien, Aserbaidschan und der Türkei durchführen. Ziel des Treffens ist, Projekte und Ziele für eine gemeinsame zukünftige Kooperation zu entwerfen und zu planen.

3. Ausblick

Die Heinrich-Böll-Stiftung wird auch zukünftig Aktivitäten der Zivilgesellschaft unterstützen, die sich für Demokratisierung und Menschenrechte, Ökologie und nachhaltige Entwicklung sowie Stärkung der Frauenrechte und gegen Gewalt gegen Frauen engagieren.

Im Vordergrund der diesjährigen Arbeit stand die Unterstützung von Netzwerken in diesen Bereichen, der Dialog mit europäischen Einrichtungen und NGOs und der Austausch zwischen deutschen und türkischen Politikern, Wissenschaftlern und Intellektuellen zu Fragen des türkisch-europäischen sowie deutsch-türkischen Verhältnisses. Die inhaltliche Ausrichtung im folgenden Jahr wird auch von der Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 bestimmt sein: sollten die Beitrittsverhandlungen beginnen, wird eine stärkere Konzentration auf die Gestaltung des EU-Beitrittes im Vordergrund stehen. Andernfalls sind die Entwicklungen abzuwarten und konkreten Themenstellungen anzupassen.

Da insbesondere in der Türkei eine starke Konzentration der NGO-Aktivitäten auf einige wenige Städte wie Istanbul, Ankara und Diyarbakir festzustellen war, werden sich in Zukunft die Bemühungen auf eine stärkere regionale Vernetzung und Streuung der Aktivitäten richten. Gleichzeitig ist in den einzelnen Gebieten eine Verlagerung des Schwerpunkts nicht auszuschließen. Da die Brückenbildung innerhalb der türkischen Gesellschaft als eine wichtige Zukunftsfrage angesehen wird, sind Aktivitäten in dieser Hinsicht in Planung. Schließlich beabsichtigt die Heinrich-Böll-Stiftung, in ihren Aktivitäten verstärkt die regionale Bedeutung der Türkei zu berücksichtigen – sowohl Richtung Südkaukasus als auch in Richtung Naher und Mittlerer Osten. Gemeinsam mit einem Partner in der Türkei ist die Gründung einer langfristigen Arbeitsgruppe mit Partnern aus Think Tanks der Region in Planung. Angestrebt wird ein Austausch unter politiknahen Kreisen über Strategien und Politikansätze zur Demokratisierung der jeweiligen Gesellschaften.

Anhang I: Chronologie der wichtigsten politischen Ereignisse und Entwicklungen

15.07.2003

6. Reformpaket vom Präsidenten bestätigt

04.07.2003

Überfall von US-Elitetruppen auf türkische Militärs im Nord-Irak

Juli 2003

Überarbeitetes Nationales Programm zur Übernahme des EU-Besitzstandes angenommen

29.07.2003

Gesetz zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft

30.07.2003

7. Reformpaket vom Parlament beschlossen (Einschränkung des Militärs)

01.08.2003

IWF gibt die fünfte Tranche des Hilfsprogramms doch noch frei

August 2003

türkisches Parlament entscheidet über Entsendung von Militär in den Irak

September 2003

Türkische Regierung setzt Kommission zur Überwachung der Reformen ein unter Vorsitz von Außenminister Gül

15./20.11.03

Anschläge auf eine Synagoge, das britische Konsulat, Filialen der britischen HSBC-Bank

19.11.2003

Türkei leistet Entschädigung im Fall A. Loizidou gemäß Urteil des EGMR

14.12.2003

Parlamentswahlen im nördlichen Teil Zyperns

Dezember 2003

Europäischer Rat

08.03.2004

Internationaler Frauentag thematisiert Ehrenmorde

28.03.2004
Kommunalwahl in der Türkei

April 2004
Erste Schulen für Kurdisch-Unterricht werden zugelassen

24.04.2004
Referendum in beiden Teilen Zyperns über den Annan III-Plan

24.04.2004
Urteil gegen Leyla Zana u.a. wird vom Berufungsgericht bestätigt

07.05.2004
Türkisches Parlament verabschiedet 8. Reformpaket (Abschaffung SSG)

07.05.2004
Türkischer Energieminister kündigt den Bau eines AKWs an

24.05.2004
Die schwul-lesbische Initiative Lambdaistanbul überreicht dem Parlament eine Liste mit Forderungen zur Beseitigung von Benachteiligungen und Repressionen gegenüber Homosexuellen

26.05.2004
Der TRT-Vorstand fasst den Beschluss eine Studie zur Vorbereitung der Ausstrahlung nicht-türkischer Sendungen in Auftrag zu geben

08.–10.06.04
G8-Gipfel unter Teilnahme von Ministerpräsident Erdogan

07.06.2004
Erste Ausstrahlung von „lokalen Dialekten und Sprachen“ in der Türkei

09.06.2004
Freilassung der ehemaligen DEP-Abgeordneten Leyla Zana, Hatip Dicle, Orhan Dogan und Selim Sadak, erste kurdischsprachige Sendung im TV

14.–06.2004
IKO-Konferenz in Istanbul, Außenminister Gül strebt Vorsitz an

28./29.06.04
NATO-Gipfel in Istanbul

30.06.2004
Irak: Übernahme der Regierungsgewalt durch die Übergangsregierung

14.07.2004
Gesetzespaket zur endgültigen Abschaffung der Todesstrafe

17.07.2004
Vereinsgesetz Nr. 5231 vom Parlament beschlossen

Anhang II: Aktivitäten des Istanbuler Büros Juli 2003 bis Juli 2004

I. Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung der Zivilgesellschaft

- Unterstützung von BIA-Net, einer alternativen Nachrichtenagentur, 2003
- Konferenz der MenschenrechtsaktivistInnen 2003: Krieg und Menschenrechte, Mardin, 14.–15. November 2003
- Vorbereitungstreffen des Europäischen Zivilforums, in Zusammenarbeit mit dem Sozialforum Istanbul, 16. April 2004
- 15. NGO Symposium, „Demokratie, Zivile Netzwerke und NGOs“ 18.–19. Juni 2004
- Teilnahme türkischer VertreterInnen an verschiedenen Treffen des europäischen Sozialforums in London, Rom etc. 2004
- Dokumentation der Konferenz der MenschenrechtsaktivistInnen 2002 über Armut und Menschenrechte
- Dokumentation der Konferenz der MenschenrechtsaktivistInnen 2000 über Menschenrechte
- Dokumentation des 12. NGO Symposiums: Projekte und Projektarbeit
- Dokumentation des 13. NGO Symposiums: Zivilgesellschaft – Philosophische Annäherungen und Herausforderungen
- Dokumentation der Menschenrechtskonferenz vom Dezember 2003: Krieg und Menschenrechte
- Dokumentation der Menschenrechtskonferenzen aus den Jahren 2001 und 2002

II. Integration in die Europäische Union, interkultureller und türkisch-deutscher Dialog

- 14. NGO Symposium: Gesetzlicher Rahmen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und NGOs im Zuge der EU-Annäherung, 12.–13. Dezember 2003
- Jugendsommercamp der Stiftung für Freiheit für Kinder in Kooperation mit AEGEE (Association des Etats Généraux des Etudiants de l'Europe), 27. Juli bis 3. August 2003, Fethiye, Antalya
- Begegnung türkisch-griechischer Frauen, Gedenkveranstaltung an die Friedens- und Umweltaktivistin Saynur Gelen-dost, 10.–13. September 2003

- Forschungsprojekt, Teil I: „EURO-TÜRKEN: Eine Brücke oder eine Bresche zwischen der Türkei und der Europäischen Union?“, Kooperation mit der Bilgi-Universität Istanbul, September–Oktober 2003
- II. Europäische Jugendwoche in der Mittelmeer-Universität Antalya zu „Türkisch-Europäische Beziehungen“, 5.–12. Oktober 2003
- Zypern vor den Wahlen, eine Studienreise der Helsinki Citizens Assembly Turkey, in Zusammenarbeit mit dem Open Society Institute, 4.–7. Dezember 2003
- Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung, 6. November, 2003 Berlin
- Informationsreise für Aktivistinnen der Umweltgruppen nach Brüssel, Februar, 2004
- Konferenz: Integration von ImmigrantInnen aus der Türkei in Österreich, Deutschland und Holland, Bosphorus Universität, Zentrum für Europäische Studien, 27.–28.2.2004
- Konferenz: Die Zukunft der Europäischen Union und die Türkei – Zehn Jahre Heinrich-Böll-Stiftung in der Türkei, 16.–17. April 2004
- Forschungsprojekt, Teil II: „EURO-TÜRKEN: Eine Brücke oder eine Bresche zwischen der Türkei und der Europäischen Union?“, Kooperation mit der Bilgi-Universität Istanbul, Januar–April 2004
- Round Table: EU – NATO – Greater Middle East, 16. Juni 2004

Dokumentationen/Publikationen mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung:

- Voices for the Future, Civic Dialogue Between Turks and Greeks, Istanbul Bilgi University Press, April 2004
- Buch über das 14. NGO Symposium: Gesetzlicher Rahmen für zivilgesellschaftliche Aktivitäten und NGOs im Zuge der EU-Heranhaltung, 2004

III. Ökologie und Nachhaltige Entwicklung

- Treffen der Mittelmeer-Umweltplattform Fethiye, 19.–21. Dezember 2003
- Treffen der Öko-Schulen in der Türkei, 14.–15. Februar und 1. Mai 2004
- „Capacity-Building-Projekt für Vertreter türkischer Umwelt-NGOs“ Studienreise nach Brüssel, 13.–19. März 2004
- Treffen der östlichen Mittelmeerplattform, Batman, 23.–24. April 2004
- Treffen der Mittelmeer-Umweltplattform, Tasucu, Silifke, 20.–22. Mai 2004
- Treffen der Umweltplattform des östlichen Schwarzmeeres, 26.–27. Juni 2004
- Vorbereitungstreffen einer Kampagne gegen genetisch manipulierte Lebensmittel, Juni 2004

IV. Frauenförderung und Geschlechterdemokratie

- VI. Frauenkongress der Beratungsstellen, Ankara, 14.–15. November 2003
- Frauen und Demokratisierungsbestrebungen in der Türkei, Izmir, 18.–19. November 2003
- Konferenz zu „legal literacy“ und Lobbying für die Strafrechtsnovelle, WWHR, 09-12/03
- Vortrag und Runder Tisch mit Cynthia Cockburn, Istanbul, 9. März 2004
- Unterstützung des Projektes: Psychosoziale Beratung für Frauen Antalya, 2003
- Trainingsworkshop für Frauen mit Jagori (Indien) in Diyarbakir und Izmit, März 2004
- Mor Cati, Frauenhausstiftung Lila Dach, Training für Frauen in Beratungsstellen für Frauen, 2003 sowie 2004
- Trainingsworkshops für Beratungsstellen in der Südost-Türkei, KA-MER 2003/2004
- Menschenrechtstraining für Frauen, Ankara Mamak 2003 und 2004

Dokumentationen:

- Buch über den III. und IV. Frauenkongress, Istanbul, November 2003

Anmerkungen

¹ Sakallioğlu, Ümit, The Anatomy of the Turkish Military's Autonomy, in: Comparative Politics, Vol. 29, Nr. 2, 1997.

² Kramer, Heinz: Demokratieverständnis und Demokratisierungsprozesse in der Türkei, Vorabfassung eines in den Südosteuropa Mitteilungen, Nr. 1, 2004 erschienenen Beitrags, Januar 2004.

³ Europäische Kommission, Regelmäßiger Bericht über die Fortschritte der Türkei auf dem Weg zum Beitritt, November 2003.

⁴ Carkoğlu, Ali: Turkish Local Elections of March 28, 2004: A Prospective Evaluation, 1–7.

⁵ amnesty international: Türkei: Einschränkung der Gesetze, willkürliche Anwendung – der Druck auf Menschenrechtsverteidiger, EUR 44/002/2004.

⁶ OECD: Small and Medium Sized enterprises in Turkey, Issues and policies, Paris, 2004.

⁷ Kramer, Heinz: Die türkische Wirtschaft 2003: auf dem Weg aus der Krise – auf dem Weg in die EU?, Vortrag auf dem Ländersymposium „Türkei“ der Österreichischen Orient-Gesellschaft Hammer-Purgstall, Wien, 15.12.2003.

⁸ Quaisser, Wolfgang/Reppegather, Alexandra, EU-Beitrittsreife der Türkei und Konsequenzen einer EU-Mitgliedschaft, Osteuropa-Institut München, Working Papers Nr. 252, Januar 2004.

⁹ Weltbank: Turkey, Country Economic Memorandum, Washington, 28.7.2003.